

Rechtspopulismus und soziale Frage

Schwerpunkt FPÖ



**Dr. Nikolaus Kowall Forschungs-
institut für gesellschaftliche
Weiterentwicklung**

**IMK-Workshop
Plurale Ökonomik
12. August 2016, Berlin**



Soziale Frage in der FPÖ

„Sozial statt Sozialismus“



FPÖ-Chef HC Strache, 1. Mai 2009 [in Linz](#)

„Sozial statt Sozialismus“

- Das Motto müsse "*Solidarität statt Klassenkampf*" lauten
- Der Neoliberalismus sei genauso gescheitert wie der Marxismus. Es brauche einen neuen dritten Weg.
- „*Man muss den sozialen Gedanken von seiner Pervertierung, vom Sozialismus (...) befreien*“

EU-Wahlkampagne 2009



Plakatkampagne 2011



FPÖ-Agenda Nationalratswahl 2013

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

f/hcstrache

**Wir helfen zuerst
im EIGENEN LAND**

ROT-SCHWARZ hilft Bank & Spekulant



FPÖ-Agenda 2013

- 1.600 Euro Mindestlohn + Lohnnebenkostensenkung für Unternehmen
- Steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen
- Volle Wertanpassung aller Familienleistungen
- Ostöffnung des Arbeitsmarktes verhindern
- Jährliche Rentenanpassung nach Rentenpreisindex (2013: 2,9%)



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI  hcstrache

Euer Einkommen

muss zum Auskommen reichen

Parlamentsbeschlüsse von SPÖ und ÖVP führen dazu, dass den Österreicherinnen und Österreichern immer weniger Geld zum Leben bleibt. Gleichzeitig vergeben Rot-Schwarz und die Grünen mit lockerer Hand Milliardenbeträge an Banken und EU-Pleite-Staaten. Die FPÖ kämpft im Parlament dafür, dass die eigene Bevölkerung ein Einkommen hat, mit dem sie auch auskommen kann.

Beispiele für das rot-schwarze Sündenregister:

- Die ASVG-Pensionen werden laufend entwertet, die Polit-Luxus-Pensionen werden nicht angetastet.
- Der durchschnittliche Arbeiter verdient um 12 Prozent weniger, die Gruppe der am schlechtesten verdienenden Arbeiter sogar um 40 Prozent weniger als im Jahr 1998.
- Die Familienleistungen werden seit vielen Jahren nicht an die Inflation angepasst.
- Das Kindergeld wurde seit seiner Einführung 2002 nie erhöht.
- Der Zugang zum Pflegegeld wurde erschwert.
- Behinderte in Tageswerkstätten bekommen bis heute nur ein Taschengeld und haben keinen Pensionsanspruch.

FPÖ-Klubobmann HC Strache:
„Am 29.9. hingehen und Einkommen zum Auskommen wählen!“

Dafür kämpfe ich mit der FPÖ im Parlament:

- ✓ Mindestlohn von 1.600 Euro brutto/Monat (bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmer)
- ✓ Mehr Netto vom Brutto für kleine und mittlere Einkommen durch Entlastungen bei der Lohnsteuer
- ✓ Volle Wertanpassung der Pensionen nach dem Pensionistenpreisindex
- ✓ Streichung der Polit-Luxus-Pensionen
- ✓ Volle Wertanpassung der Familienleistungen, steuerliche Entlastung für Familien
- ✓ Erhöhung des Kindergeldes
- ✓ Gerechter Zugang zum Pflegegeld und Rücknahme der Kürzungen
- ✓ Volle sozialrechtliche Absicherung von Behinderten in Tageswerkstätten

  HC Strache

Info: FPÖ-Parteiendebatte



Kultureller Klassenkampf

Schickeria vs. Volk

- *„Linke Gutmenschen-Schickeria hat keine Ahnung wie es im wahren Leben zugeht“* ([FPÖ-OÖ-Chef Haimbuchner](#) 2016)
- *„Gehen Sie einmal raus auf die Straße, in die echte Welt. Verlassen Sie Ihr ‚Bobostan‘ und sprechen Sie mit den Menschen über die Angst, die sie im Alltag begleitet!“* ([FPÖ Pressemeldung](#) 2016)
- *„Kunst-Schickeria wirbt für Van der Bellen“* ([unzensuriert.at](#) 2016)

Kultureller Klassenkampf

***„Van der Bellen hat
die Hautevolee und ich
die Menschen“***

FPÖ-Präsidentschaftskandidat
Norbert Hofer, 8. Mai 2016 [im ORF](#)



Pegida-Sound

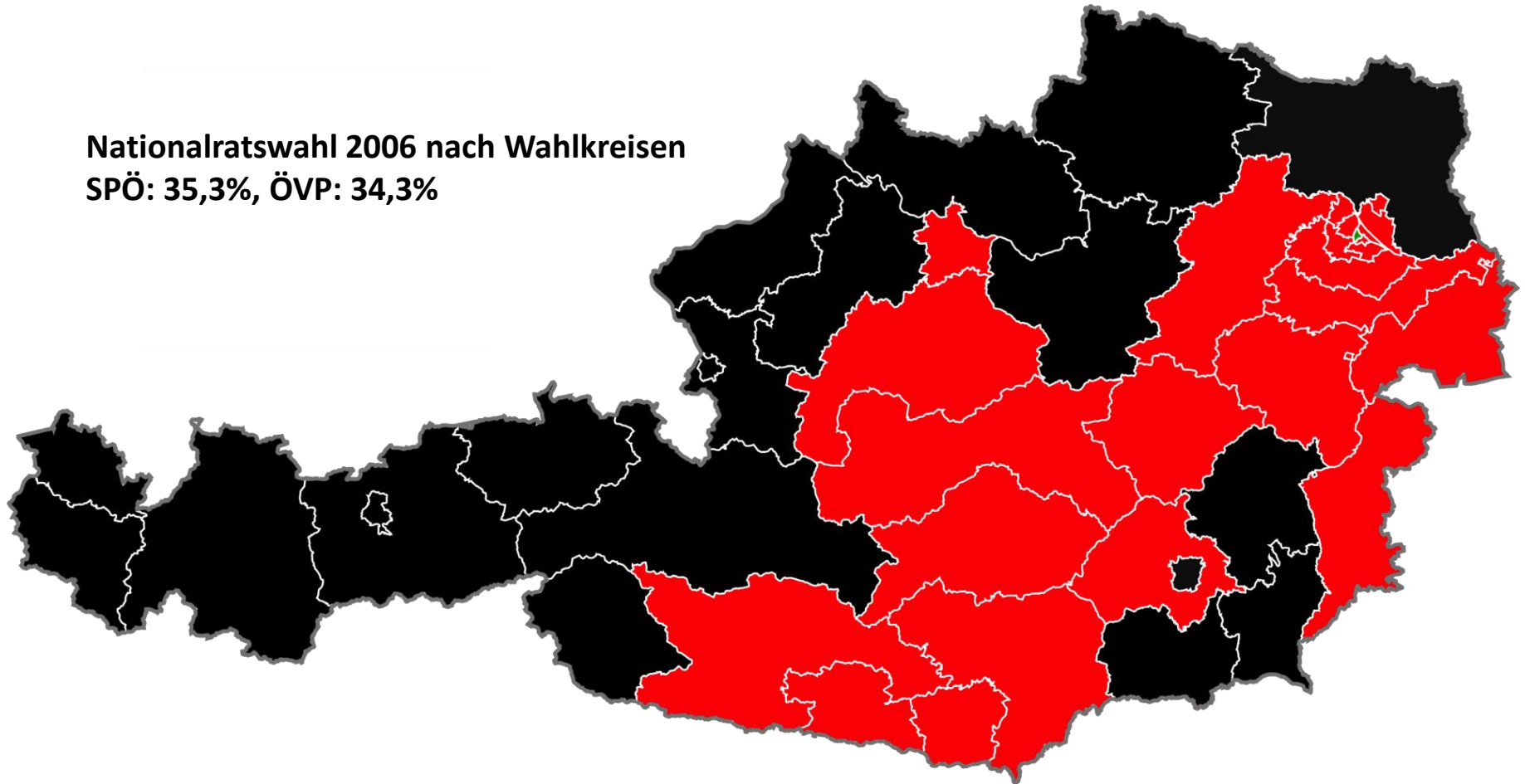




Neue politische Landkarte

Die alten Lager

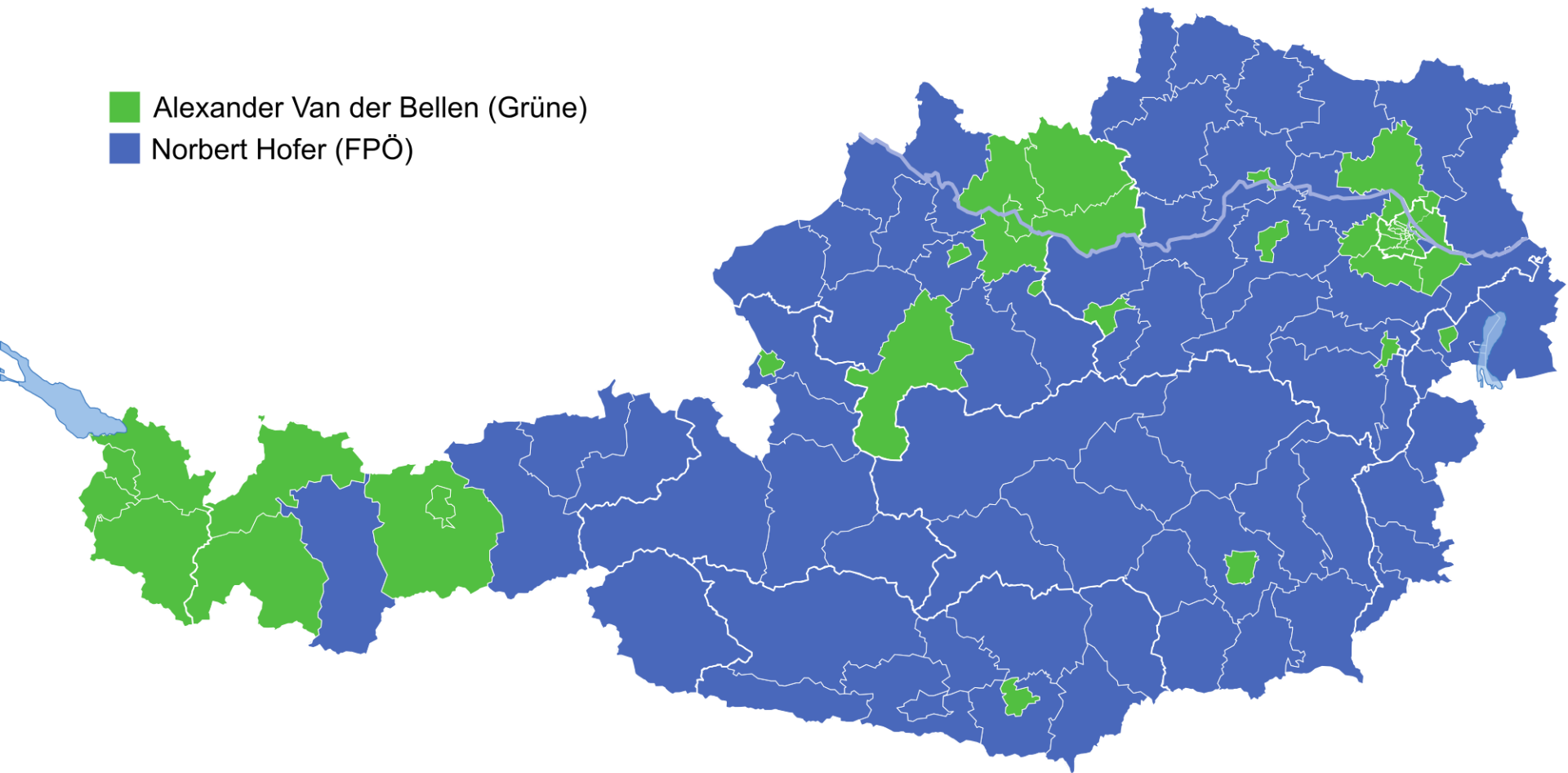
Nationalratswahl 2006 nach Wahlkreisen
SPÖ: 35,3%, ÖVP: 34,3%



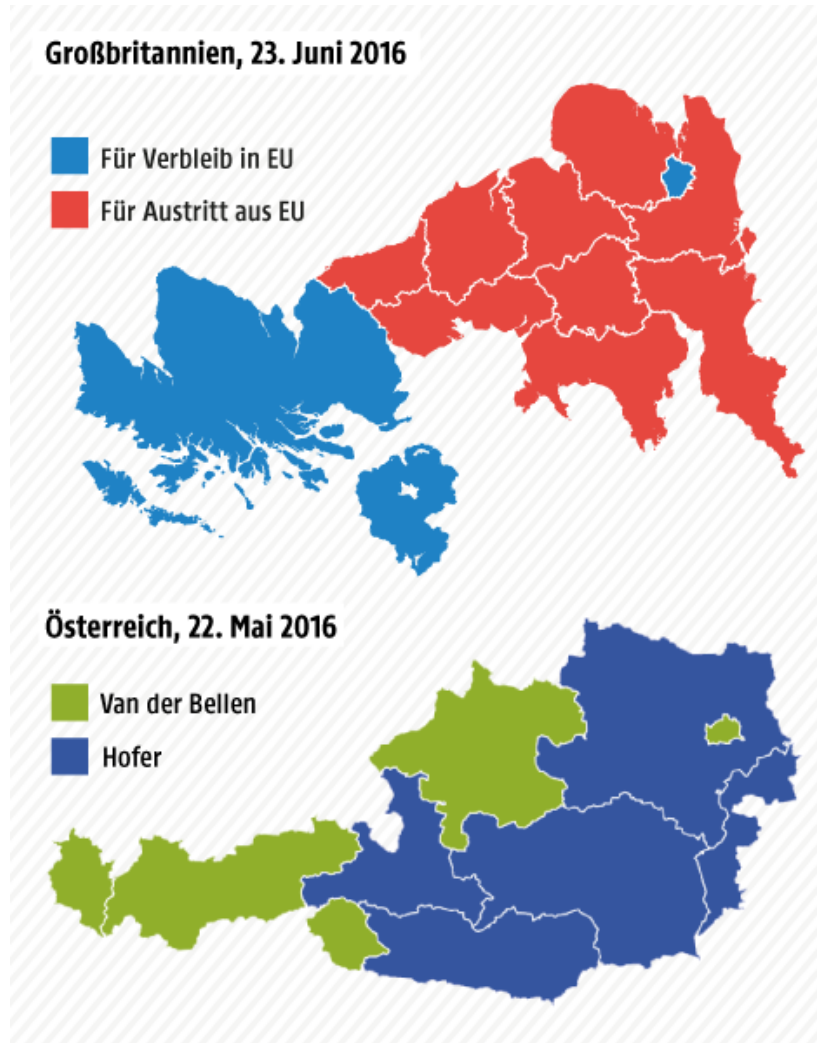
Die neuen Lager

Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl am 22. Mai 2016 (2. Runde): Mehrheiten in den Bezirken

- Alexander Van der Bellen (Grüne)
- Norbert Hofer (FPÖ)



Spannende Parallelen



Eliten & Bevölkerung



Wie bitte....?





Primat der Politik

Wirtschaft als Mittel zum Zweck

„Die patriotischen Grundsätze begründen für die FPÖ einen absoluten und eindeutigen Interessensvorrang des eigenen Volkes und des eigenen Staates. Die Wirtschaft hat für den Staat und das Volk die materiellen Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung und ein angemessenes Leben im Wohlstand zu besorgen.“

„Entgegen immer wieder erhobenen Behauptungen ist die Globalisierung kein unabwendbares Naturgesetz“

Freihandel konfliktär mit Humanität, Freiheit und Verteilungsgerechtigkeit.

Die Europäische Union (...) trägt ebenso wesentlich zu einer Beschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Politik nationaler Parlamente bei.“

„Durch die Marktkonzentration bekommen immer größere Konzerne immer mehr Einfluss auf die Politik, was sich in Form des verbreiteten Lobbyismus und der unverblünten, demokratiewidrigen Einflussnahme auf die Gesetzgebung, besonders auf unionseuropäischer Ebene, beobachten lässt.“

Handbuch freiheitlicher Politik, 4. Auflage 2013

Nationale Front



Marine Le Pen, FN

- Kandidaten zur Präsidentenstichwahl 2012 seien „Sklaven der Sparpolitik“
- FN verlangte Referendum zum Fiskalpakt.
- 2014 warnte Le Pen Merkel davor, dass eine Fortsetzung der Sparpolitik zur „Explosion der EU“ führen würde.
- Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrie
- Protektionismus im Außenhandel
- Zentralbankfinanzierung der Staatsverschulung statt Austerität

Quellen: [Euronews](#) vom 1. Mai 2012, [Pressemeldung](#) des Front National vom 29. Juni 2012 und [Spiegel](#) vom 1. Juni 2014

Lega Nord



- EU-Haushaltsregeln blockieren auch norditalienische Wirtschaft
- Ablehnung der Austerität ist Gemeinsamkeit mit Syriza

"Die Griechenland-Wahl ist eine Ohrfeige für die europäische Sowjetunion des Euro, der Arbeitslosigkeit und der Banken."

**Matteo Salvini, Lega,
Präsident Lombardie**

Quellen: Der [Spiegel](#) vom 26. Jänner 2015 und die [Presse](#) vom 17. Februar 2015



Geert Wilders stürzte 2012 die christlich-liberale Regierung, weil er nach heftigem Ringen um die von der EU vorgegebene Austeritätspolitik dem Minderheitskabinett die Unterstützung im Parlament entzog. Wilders wollte entgegen den Maastrichtvorgaben eine Neuverschuldung von vier Prozent ermöglichen.

Geert Wilders, PVV

Quelle: [Die Welt](#), 24. April 2012

ENF: Nationale Internationale



- Extrem neoliberaler Entwurf vom März 2016 wurde eingedampft, Programm vom Parteitag im Mai 2016 ist viel moderater
- Steuer- und Abgabenbremse ins Grundgesetz
- *„Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme.“*
- Wiederherstellung von Bank- und Steuergeheimnis
- Abschaffung der Erbschaftssteuer, sie sei "mittelstandsfeindlich".
- Frauke Petry: Mindestlohn sei "*neosozialistisch*". Im Grundsatzprogramm begrüßt die AfD den Mindestlohn
- AfD spricht sich für Freihandel aber gegen TTIP aus

- AfD stark von marktliberalem Momentum ihrer Gründungsphase geprägt
- Bei zentralen Fragen erhebliche Anpassungen – Mindestlohn oder TTIP
- Metamorphose zu klassischer rechtspopulistischer Partei noch nicht abgeschlossen
- Keine Massenpartei wie der FN oder FPÖ

Kernthesen

- **Der Rechtspopulismus stellt die soziale Frage wieder ins Zentrum, allerdings chauvinistisch überformt**
- **Die Rechtspopulisten suggerieren eine Spaltung zwischen einer herrschenden (linksliberalen) Elite und dem Volk**
- **Die Rechtspopulisten benennen die demokratischen Schwachpunkte internationaler Handelsverträge und der EU**
- **Die Rechtspopulisten betonen als einzige das Primat der Politik über die Wirtschaft**
- **Die Rechtspopulisten suggerieren als einzige die Welt sei politisch gestaltbar und Demokratie habe reale Kraft**

Danke für die Aufmerksamkeit